GTAI GERMANY TRADE & INVEST

IM FOKUS

US-Wirtschaft in unruhigen Zeiten

Der Markt bleibt hochattraktiv

AUSGABE 2022

US-Wirtschaft trotzt widrigen Bedingungen

Die Sanktionen gegenüber Russland machen sich auch in der US-Wirtschaft bemerkbar, vor allem durch eine beschleunigte Inflation. Bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine sah sich die US-Wirtschaft zahlreichen Herausforderungen gegenüber: Coronapandemie, Handelskonflikt mit China, gestörte Lieferketten, Fachkräftemangel und eine ohnehin steigende Inflation.

Das Gros der Analysten rechnet zum Redaktionsschluss im März damit, dass die Volkswirtschaft der USA im Jahr 2022 weniger stark wachsen wird, als noch zu Jahresbeginn angenommen. Dennoch bleibt die größte Volkswirtschaft der Welt weiter auf Wachstumskurs.

Wachstum in den USA ist auch eine gute Nachricht für die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Denn die hohe Inlandsnachfrage kann von US-Firmen allein nicht bedient werden. 2021 importierten die USA Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 3,4 Billionen US-Dollar. Auch für deutsche Firmen war das Land 2021 wieder der größte ausländische Absatzmarkt. Viele Unternehmen hierzulande haben in den USA investiert oder profitieren von der Kooperation mit US-Partnern.

In dieser Publikation erhalten Sie einen Auszug aus unserem Informationsangebot zu den USA. Sie bietet Ihnen einen Überblick über die Entwicklung in einzelnen Branchen, Rahmenbedingungen und Anknüpfungspunkte für deutsche Unternehmen.

Robert Matschoß
Deputy Director/Amerika

robert.matschoss@gtai.de
T +49 228 24993-244

Inhalt

KONJUNKTUR UND INVESTITIONEN

4 **Solides Wachstum erwartet**

ENERGIE

6 **Ausbau der Erneuerbaren geht voran**

KFZ

8 **Umbruch in der Automobilindustrie**

DIGITALISIERUNG

10 **Mehr Automatisierung und Robotik**

RECHT

12 **Schreckensszenario US-Produkthaftung**

ZOLL

13 **USA erschweren Wareneinfuhren aus China**

15 IMPRESSUM

Solides Wachstum erwartet

Impulse des Vorjahres wirken fort

Die Absatzaussichten auf dem US-Markt sind für die deutsche Wirtschaft 2022 gut bis sehr gut. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen seitens privater Haushalte, der öffentlichen Verwaltung und des Unternehmenssektors bleibt hoch, auch infolge des jüngsten Infrastrukturpakets.

Die Prognosen sind aufgrund des Krieges mit Unsicherheit behaftet, doch eins steht fest: Die Preise steigen

Eine Sparquote auf Rekordniveau, gefüllte Firmenkassen und umfangreiche öffentliche Ausgaben treiben Konsum und Investitionen an. Dennoch fallen die Wachstumsprognosen schwächer als im Vorjahr aus. Neben statistischen Basiseffekten liegt das vor allem an globalen und nationalen Lieferkettenproblemen, dem Fachkräftemangel; zunehmend auch an steigenden Preisen. Diese Entwicklung hat sich durch die explodierenden Energiepreise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine noch beschleunigt. Die endgültigen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft der USA sind zum Redaktionsschluss allerdings noch nicht absehbar.

Preise zuletzt gestiegen

Die inflationären Tendenzen fingen mit stark erhöhten Frachtraten, Transport- und Lagerkosten sowie einer Verteuerung bei Nahrungsmitteln und Getränken 2020 unmittelbar nach Pandemieausbruch an. Anschließend wurde eine Reihe strategisch wichtiger Waren wie Halbleiter und andere Vorleistungsgüter knapper, seit 2021 auch Energieträger.

Zusätzlich führte die Übernahme kleiner Firmen durch große Konzerne im Groß- und Einzelhandel sowie im verarbeitenden Gewerbe zu beschleunigten Konzentrationsprozessen und zu weniger Wettbewerb. Mit anziehenden Industrieabgabe- und Handelspreisen macht sich diese Entwicklung für den Verbraucher 2022 negativ bemerkbar.

Fed ändert ihren Kurs

Die Zentralbank Federal Reserve (Fed), die noch 2021 von einer vorübergehenden Inflationserscheinung sprach, steuerte im 1. Quartal 2022 um. Seit März 2022 nimmt die Fed weniger öffentliche Schuldtitel in ihre Bücher und erhöht schrittweise die Leitzinsen. Im Ergebnis wird sich die Kreditaufnahme verteuern. Allerdings könnte die durch den Krieg weiter angeheizte Inflation die Fed zu noch stärkeren Zinsschritten bewegen.

Dienstleistungsausgaben erholen sich

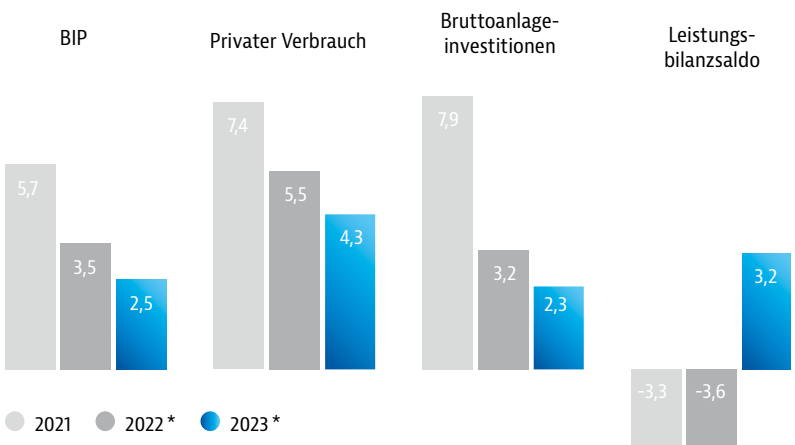
Dank der Fiskalpakete der letzten zwei Jahre und der annähernden Nullzinspolitik der Fed sind die Privathaushalte ausreichend liquide. Durch die weitere Lockerung der Pandemiebestimmungen im Laufe von 2022 dürften sich wieder mehr Verbraucherausgaben in den Dienstleistungsbereich zurückverlagern.

Industrie investiert in Digitalisierung

Die Investitionsneigung bleibt 2022 insgesamt solide, auch wenn sich die Schwerpunkte verschieben. In der Bauwirtschaft zum Beispiel findet eine Verlagerung vom Hoch- zum Tiefbau statt. Amerika benötigt eine runderneuerte Infrastruktur. Diese Feststellung genießt im Kongress fraktionsübergreifenden Konsens.

Die Industrie konzentriert ihre Investitionen 2022 vor allem auf die Automatisierung und Digitalisierung der Produktion, einschließlich der Verwaltungsabläufe und des Vertriebs. Das gilt auch für die deutschen Unternehmensniederlassungen in den USA, wie aus der jüngsten Mitgliederbefragung der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK USA) hervorgeht. Die Halbleiterindustrie investiert derweil kräftig in neue Werke. Die Automobilbranche setzt auf

Wirtschaftliche Entwicklung 2021 bis 2023
Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



*) Prognosen
Quellen: U.S. Bureau of Economic Analysis 2022; Blue Chip Economic Indicators 2022 (März); Trading Economics 2022 (Leistungsbilanzsaldo, Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP)

Strukturanpassungen auf dem Weg in die Elektromobilität.

Die US-Regierung ist 2022 in ihrem Spielraum eingeengt. Große Vorhaben im Rahmen der Build-Back-Better-Agenda von Präsident Joe Biden dürften dem Wahlkampf für die im November 2022 anstehenden Midterm Elections zum US-Kongress zum Opfer fallen. Die billionenschweren Fiskalpakete und das Infrastrukturpaket des Vorjahres sollten jedoch kräftige Wachstumsimpulse weit über das Jahr 2022 hinaus entfalten.

Massives Infrastukturpaket erlassen
Am 15. November 2021 unterzeichnete Biden den Infrastructure Investment and Jobs Act. Das Gesetz sieht Ausgaben von insgesamt 1,2 Billionen US-Dollar (US$) in den nächsten fünf Jahren vor. Davon können auch deutsche Firmen als Auftragnehmer oder Komponentenlieferant profitieren.

Chancen für deutsche Firmen
Die mehr als 5.000 deutschen Unternehmensniederlassungen haben als US-amerikanische Rechtsperson gute Voraussetzungen, um sich direkt an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen zu können. Auch sie müssen aber prüfen, ob sie die nationalen Lieferklauseln für Ausschreibungen mit einer Bundesfinanzierung („Buy American" beziehungsweise „Buy America") im konkreten Einzelfall erfüllen.

Für Unternehmen, die den Markt von Deutschland aus bedienen, bieten sich ebenfalls Anknüpfungspunkte. Da die Infrastruktur seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert ist, verfügen die USA jetzt, da die Mittel fließen, nicht über genügend Kapazitäten. Auch die notwendigen Investitionsgüter, um alle angestoßenen Vorhaben aus eigener Kraft und ausschließlich aus nationalen Quellen zu realisieren, sind nicht in ausreichender Menge und Qualität vorhanden.

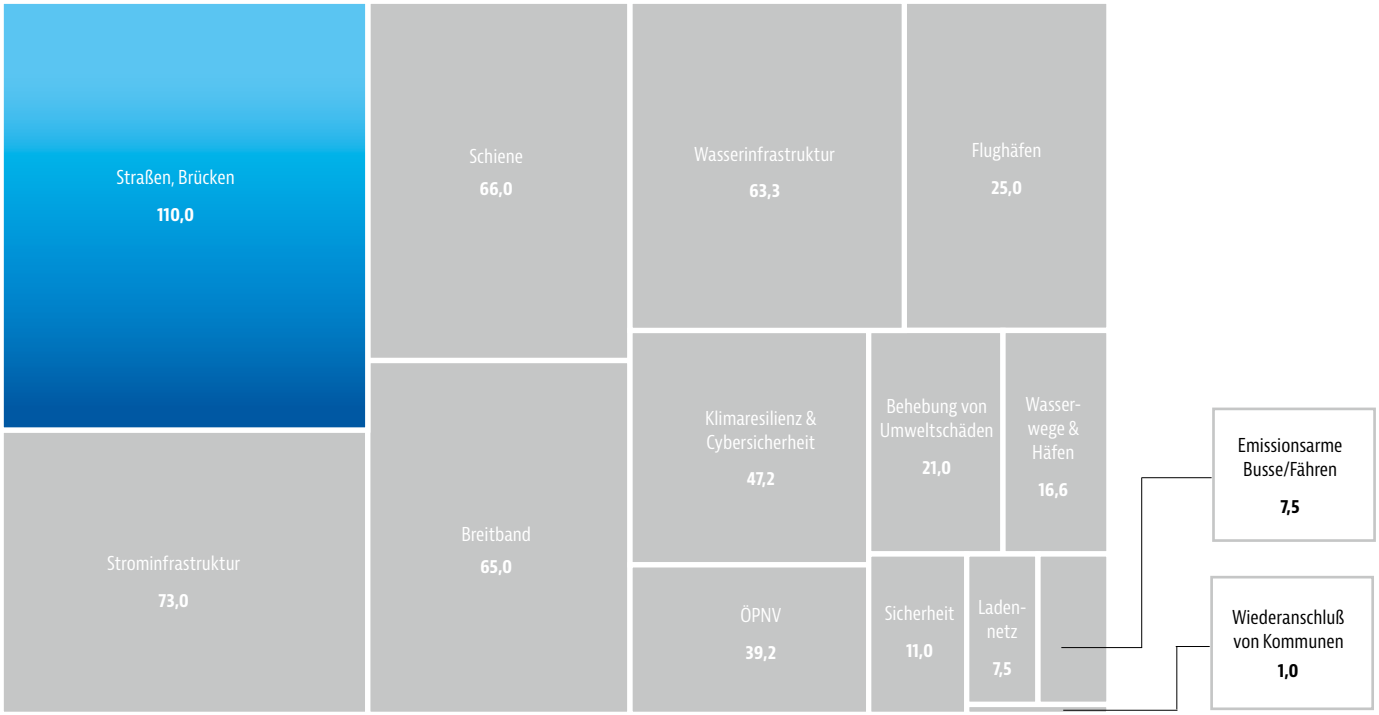
Daher sehen die nationalen Lieferklauseln bei öffentlichen Ausschreibungen Ausnahmegenehmigungen zum Import von Dienstleistungen und Gütern vor, die es in den USA entweder überhaupt nicht oder nur zu überhöhten Preisen beziehungsweise zu minderer Qualität gibt.

Text: Ullrich Umann

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa
www.gtai.de/usa-infrastruktur
www.gtai.de/usa-factsheet

Ob Maschinen- und Anlagenbau, Ingenieurdienstleister oder Energie- und Wassertechnik - vielen deutschen Branchen eröffnen sich Geschäftschancen

Zusätzliche Ausgaben im Infrastrukturpakete bis 2026
In Milliarden US-Dollar



Quelle: Bispartisan Infrastructure Investment and Jobs Act Summary 2021

Ausbau der Erneuerbaren geht voran

Doch Förderung steht auf der Kippe

Die Stromwirtschaft soll in den USA bis 2035 klimaneutral werden. Angesichts der aktuellen Entwicklung kommen aber Zweifel auf, ob das gelingt.

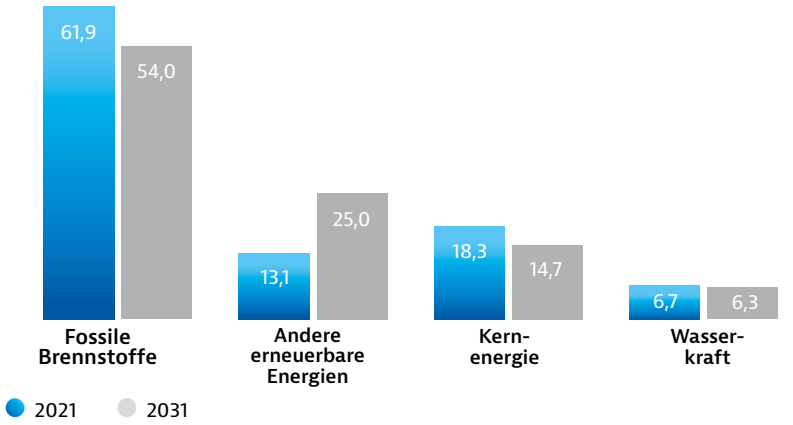
Bis 2031 soll der Stromverbrauch um 1,9 Prozent jährlich wachsen, auf dann 4,9 Millionen Gigawattstunden

US-Präsident Joe Biden erklärte den Klima- und Umweltschutz zum Kernthema seiner Politik, dem sich alles unterzuordnen hat. Sein Ziel ist es, dass die Stromwirtschaft bis 2035 und das gesamte Land bis 2050 klimaneutral werden. Zur Verfügung stehen ihm dafür energie- und industriepolitische Anreize über Bundessteuern sowie die Finanzierung von Forschung und Entwicklung durch Bundesministerien. Zudem kann der Bund Zuschüsse und Darlehen für öffentliche Projektträger auf allen Verwaltungsebenen bereitstellen. Für die eigentliche Energiepolitik sind allerdings die Bundesstaaten und großen Metropolen selbst zuständig.

Wahlkampf hemmt Ausbau

Präsident Biden kann ohne die gesetzgeberische Rückendeckung des US-Kongresses das angestrebte hohe Ausbautempo nicht durchsetzen. Seit Ende 2021 entziehen ihm die ersten Abgeordneten aus der demokratischen Fraktion die Unterstützung, womit keine Mehrheit für Reformgesetze mehr zustande kommt. Aus wahlkampftaktischen Gründen, wie es heißt: Schließlich stehen im November 2022 die Midterm Elections an, bei denen das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel aller Senatoren neu gewählt werden.

US-Strommix: Aktueller Stand und Prognose



Quelle: Economist Intelligence Unit 2022

Sogar die Gesetzesinitiative Build Back Better droht aus diesem Grund im Senat stecken zu bleiben. Ein wichtiges Instrument, die geplanten steuerlichen Anreize für Solarvorhaben, würden wegfallen. Selbst eine Übernahme der Parlamentsmehrheit durch die republikanische Partei lässt sich als Wahlausgang nicht ausschließen: Dem Präsidenten bliebe dadurch noch weniger Spielraum für energiepolitische Reformen.

Ziele regional unterschiedlich

Kontrovers gestaltet sich auch das Verhältnis zwischen der US-Regierung und den 50 Bundesstaaten sowie sechs Überseeterritorien. Die jeweiligen Interessen und politischen Konstellationen vor Ort verhindern ein landesweit einheitliches Vorgehen. Entsprechend unterscheiden sich die einzelnen Bundesstaaten beim Tempo ihrer Klima- und Umweltschutzbestrebungen, einschließlich der Umstellung auf erneuerbare Energien.

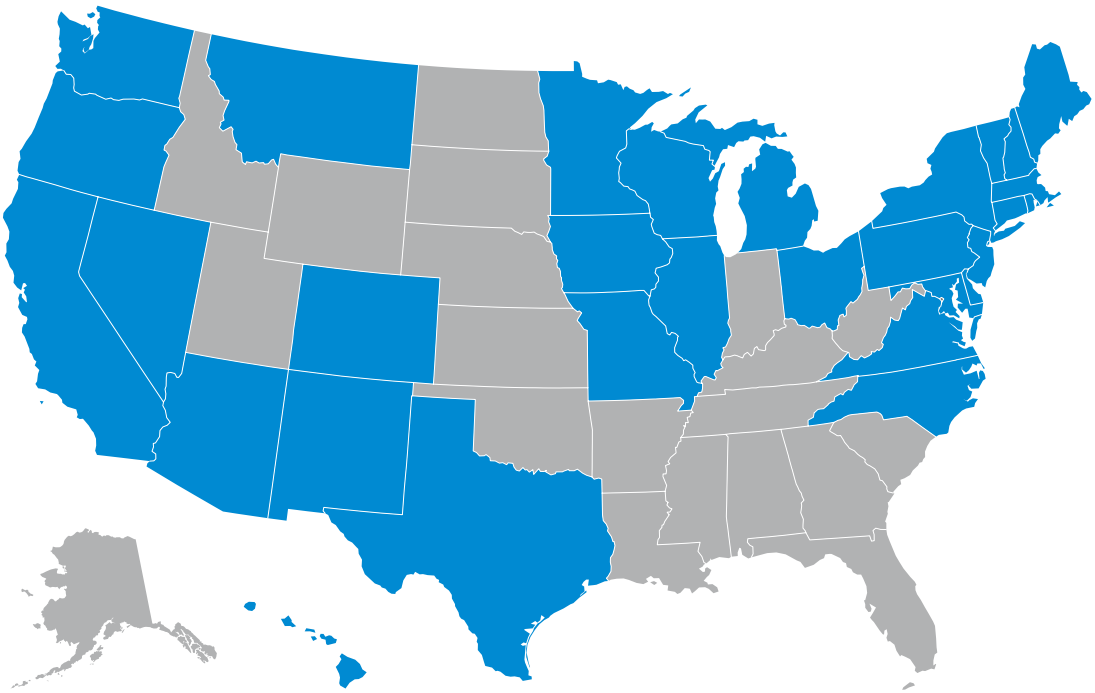
Obwohl die Unterstützung im US-Kongress nachlässt, kann sich Biden zumindest auf die wirtschafts- und energiepolitische Wirkung der billionenschweren Fiskalpakete der Jahre 2020/21 stützen, insbesondere auf den Infrastructure Investment and Jobs Act. Dieser wirkt mit seinen Förderprogrammen in einer Gesamthöhe von 1,2 Billionen US-Dollar (US$) weit über das Jahr 2022 hinaus. Ein Teil der Gelder fließt in klimafreundliche Maßnahmen wie den Ausbau des landesweiten Ladenetzes für Elektrofahrzeuge sowie in die Modernisierung und Erweiterung der Stromnetze.

Erneuerbare legen im Strommix zu

Die Stromerzeugung in den USA wird weiter steigen und der Strommix wird sich mittelfristig hin zu den erneuerbaren Energien verschieben. Deren Anteil (ohne Wasserkraft) an der gesamten Stromerzeugung steigt von 14 Prozent im Jahr 2022 auf 25 Prozent 2031, wie die Economist Intelligence Unit prognostiziert.

Die von Präsident Biden erklärte Verabschiedung der Wirtschaft von fossilen Energieträgern kündigte das langfristige Ende von Erdöl und -gas an. Der Verbrauch an Erdöl wird bis 2031 trotz Wirt-

US-Bundesstaaten mit Renewable Portfolio Standards



● Diese Staaten verpflichten Energieversorger, einen bestimmten Anteil ihres Stroms aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen
● Staaten ohne Renewable Portfolio Standards, jedoch teilweise mit freiwilligen Ausbauzielen für erneuerbare Energien

Quelle: Berkeley Lab 2021

schaftswachstums höchstenfalls stagnieren, unter anderem weil der Transportsektor schrittweise auf Elektroantriebe umstellt. Dennoch werden 2031 laut EIU alle fossilen Energieträger zusammen einen Gesamtanteil von 54 Prozent an der Stromerzeugung halten, nach 62 Prozent im Jahr 2021.

Die Inlandsnachfrage und die Fördermengen von Kohle werden in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen. Dennoch werden 2031 laut EIU alle fossilen Energieträger zusammen einen Gesamtanteil von 54 Prozent an der Stromerzeugung halten, nach 62 Prozent im Jahr 2021.

Die Kernenergie verliert durch Kapazitätseinschränkungen an Anteilen, wird aber nicht vollständig verschwinden, zumal sie in den USA zu den kohlendioxidfreien Technologien zählt.

Massiver Ausbau von Wind und Solar

Die erneuerbaren Energien sind aufgrund von Skaleneffekten sowie technologischen Neuerungen zunehmend wettbewerbsfähig und attraktiv für Investitionen. Windkraft wird massiv ausgebaut: Die installierte Kapazität soll von 133 Gigawatt (2021) auf 240 Gigawatt (2031) steigen. Davon entstehen 30 Gigawatt offshore.

Der Ausbau der Solarenergie stieß in den vergangenen Jahren auf wechselhafte energiepolitische und steuerliche Rahmenbedingungen: Der US-Kongress verlängerte eine 2006 gewährte Steuergutschrift für Solarinvestitionen (Solar Investment Tax Credit) zunächst im Jahr 2015 und anschließend noch einmal über 2019 hinaus. Anschließend wurde sie jährlich schrittweise abgebaut. 2024 läuft sie endgültig aus.

Obendrein führten die USA 2018 Sonderzölle auf die Einfuhr von Solarzellen ein, was Preiswellen durch die Branche jagte. Davon ungeachtet schreitet der Ausbau bei Aufdachanlagen und Solarfeldern zügig voran, vor allem weil die Gestehungskosten für Solarstrom konkurrenzlos günstig ausfallen. Die installierte Kapazität steigt aller Voraussicht nach von 92,3 Gigagwatt (2021) auf 210,7 Gigawatt (2031) an.

Text: Ullrich Umann

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-energie

Umbruch in der Automobilindustrie

Branche rüstet sich für E-Mobilität

Eine Wende in der Klimapolitik, gestörte Lieferketten und fehlende Halbleiter – Fahrzeugbauer bewegen in den USA derzeit viele Themen. Trotz Unwägbarkeiten bieten sich große Chancen.

US-Autobauer wollen in den nächsten Jahren zweistellige Milliardenbeträge in die Entwicklung von E-Mobilen investieren

Der Autoabsatz belebt sich kräftig in den USA. Davon profitieren auch deutsche Hersteller: Volkswagen (VW) setzte dort 2021 gut 15 Prozent mehr Neufahrzeuge ab als im pandemiebedingt schwachen Vorjahr. Audi, BMW, Daimler und Porsche verzeichneten ebenfalls ein kräftiges Plus. Deutsche Premiummarken stehen bei US-Kunden weiterhin hoch im Kurs.

Bis die Verkaufszahlen das Vorkrisenniveau von 2019 erreichen, dürfte es noch zwei bis drei Jahre dauern. Doch die Nachfrage nach Autos in den USA bleibt relativ stark: Verbrauchervertrauen und -ausgaben profitieren von den Konjunkturhilfen. Die zunehmenden Impfungen und die schrittweise Wiederöffnung der Wirtschaft helfen. Gewerbliche Flottenverkäufe stützen ebenfalls das Geschäft: Autovermietungen profitieren von der Erholung des Inlandstourismus. Allerdings könnten sich die Automobilkredite durch die Zinswende der Zentralbank verteuern. Zudem treibt der Ukrainekonflikt die Preise für Metalle hoch, die in Autos verbaut werden - von Aluminium in der Karosserie über Palladium in Katalysatoren bis hin zu hochwertigem Nickel in Elektroautobatterien.

Milliarden für E-Mobile

„Die Zukunft der Automobilindustrie ist elektrisch", sagte US-Präsident Joe Biden nach einer Werksbesichtigung bei Ford im Mai 2021. Schwenkte die US-Autoindustrie bis 2020 allenfalls halbherzig auf Elektromobilität um, gibt sie nun Gas: General Motors (GM) kündigte Anfang 2021 an, ab 2035 nur noch E-Autos bauen zu wollen. Ford hat zwar – zumindest für den US-Markt – noch keinen Zeitplan genannt, will aber ebenso wie sein Rivale bis 2025 zweistellige Milliardenbeträge in die Entwicklung investieren. VW rüstet seinen US-Standort in Tennessee komplett auf E-Mobilität um.

Laut dem Analysehaus IHS Markit wird der Anteil der E-Fahrzeuge an allen US-Neuzulassungen bis 2025 schlagartig auf 10 Prozent steigen. 2020 waren es erst 2 Prozent. Trotz optimistischer Prognosen bleiben aber Unwägbarkeiten: So muss Biden für viele Projekte, darunter die Förderung der E-Mobilität, große politische Hürden überwinden, auch in den eigenen Reihen. Um das große Sozial- und Klimapaket „Build Back Better Act",

Wichtige Investitionsprojekte in der Kfz-Industrie in den USA
Investitionssummen in Milliarden US-Dollar

Firma	Summe	Stand	Anmerkungen
Ford	11,5	Standortsuche in Michigan	Batteriekompetenzzentrum (Ford Ion Park) im Südosten Michigans, ferner (zusammen mit SK Innovation) zwei weitere Batteriefabriken in Tennessee und Kentucky sowie ein Werk für Elektro-Lkw in Tennessee
Hyundai-Kia	7,4	k.A.	In den USA bis 2025 geplante Investitionssumme zur Produktion von E-Fahrzeugen, zur Modernisierung von Produktionsanlagen und zur Förderung intelligenter Mobilitätslösungen
Rivian	5,0	k.A.	Neues Werk für die Produktion von E-Fahrzeugen bei Atlanta, Georgia
GM und LG Energy Solution	2,3	Geplanter Produktionsbeginn: 2023	Batteriezellenfabrik in Spring Hill, Tennessee
Toyota Motor North America	1,3	Geplanter Produktionsbeginn: 2025	Batteriefabrik bei Greensboro, North Carolina

Quelle: Recherchen von Germany Trade & Invest 2022

steht es schlecht, nachdem ein demokratischer Senator Ende 2021 ankündigte, nicht dafür zu stimmen. Immerhin sind viele Elemente von Bidens Klimapolitik in dem bereits verabschiedeten, 1,2 Billionen US-Dollar (US$) schweren, Infrastrukturpaket enthalten, darunter auch neue Ladestationen und emissionsfreie Busse.

Ladenetz bietet Chancen

Egal, welche Investitionspakete am Ende durch den Kongress kommen: Der Ausbau der Elektromobilität ist erheblich. Deutsche Autobauer können davon profitieren. Nicht minder wichtig wird für deutsche Anbieter der geplante Ausbau der Schnellladeinfrastruktur. Und da das Ladenetz nicht nur gebaut, sondern auch abgesichert werden muss, dürfte das US-Geschäft für Servicedienstleister nachhaltig wachsen.

Bald mehr Akkus made in USA

Doch bestehen neben der Politik noch weitere Hürden auf dem Weg ins E-Mobility-Zeitalter. Eine davon ist die schwache Lieferkette für Batteriematerialien. Es gibt in den USA bislang nur vier Anlagen für die industrielle Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien. Allerdings ist in dem Bereich gerade viel in Bewegung: Wie die Nachrichtenagentur Reuters im Oktober 2021 berichtete, planen E-Fahrzeug- und Batteriehersteller 24 Milliarden US$ allein für Werke im Süden der USA ein, darunter Start-ups wie Lucid Motors, Canoo oder Rivian, das im November 2021 an der New Yorker Technologiebörse Nasdaq debütierte. Neben der Batterieproduktion und -forschung will Biden auch das Recycling im Land stärken.

Ferner belastet die Halbleiterkrise die Branche. Durch den Krieg in der Ukraine könnte sie sich sogar noch verschärfen, da sowohl Russland als auch die Ukraine wichtige Lieferländer des Edelgases Neon und des Edelmetalls Palladium sind – beides Rohstoffe für die Produktion von Mikrochips.

Eigene Chips entwickeln

Halbleiter kommen zum Beispiel bei der Elektrifizierung des Antriebsstrangs und beim Batteriemanagement zum Einsatz. Chips braucht die Kfz-Industrie auch für moderne Warn- und Assistenzsysteme. VW kündigte bereits an, selbst in das Chipdesign einzusteigen. Auch der neue Konzern Stellantis, zu dem unter anderem Peugeot, Fiat, Chrysler und Opel gehören, will eigene Chips entwickeln, gemeinsam mit dem Elektronikauftragsfertiger Foxconn. Sie sollen mehr als 80 Prozent des Konzernbedarfs abdecken. Das

Im Flächenland USA kommt es besonders auf eine verlässliche Ladeinfrastruktur an. Auch der Staat investiert in deren Ausbau.

US-Marktforschungsunternehmen Gartner sagt voraus, dass bis 2025 fünf der zehn größten Autohersteller diesen Weg gehen werden.

Dass einige Unternehmen die Produktion von Teilen für den nordamerikanischen Markt stärker in die USA verlagern wollen, liegt übrigens weniger am neuen regionalen Handelsabkommen United States-Mexico-Canada-Agreement (USMCA) als vielmehr an den Lieferkettenunterbrechungen im Zuge der Coronakrise. Zudem fallen die Frachtkosten deutlich höher aus als vor Pandemieausbruch. „Wer nicht gleich die Produktion vor Ort ausbaut, will wegen der gestörten Lieferketten zumindest seine Sicherheitsbestände deutlich vergrößern", sagt Merlin Dow von der US-Niederlassung des Logistikunternehmens Gebrüder Weiss in Des Plaines, Illinois. Das kostet zwar viel Geld. „Aber wichtige US-Kunden oder -Abnehmer zu verlieren, wenn Waren nicht fristgerecht geliefert werden, könnte noch teurer werden."

Text: Heiko Steinacher

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-fahrzeuge

Mehr Automatisierung und Robotik

Finanzen, Logistik und Medizin werden digitaler

Die Pandemie hat den Trend zu Digitalisierung und künstlicher Intelligenz (KI) beschleunigt. Neue Einsatzfelder bieten unter anderem Finanzwirtschaft, Logistik und Medizin.

Die Coronakrise hat viele Branchen dazu bewegt, stärker in Digitalisierungslösungen und den KI-Einsatz zu investieren. Oft geben dabei Abstands- und Hygieneregeln den Ausschlag. Etwa in der Gastronomie: So nehmen KI-gestützte Sprachassistenten in Drive-Ins Bestellungen entgegen, Restaurantkunden rufen die Speisekarte per QR-Code auf.

Seit der Pandemie boomt der Internethandel: Automatisierungslösungen helfen, dem großen Volumen digitaler Zahlungen gerecht zu werden

Neben der wachsenden Beliebtheit von berührungslosen Lösungen sorgen weltweite Lieferengpässe dafür, dass digitale Lösungen auch in Bereiche vordringen, in denen sie vorher nur eine geringe Rolle gespielt hatten. So kommen in den USA verstärkt Lieferroboter zum Einsatz, die Mahlzeiten, Wäsche, Lebensmittel oder Medikamente transportieren. Starkes Wachstum wird auch bei Robotern für die Bodenreinigung in Supermärkten, Krankenhäusern und Lagerhallen erwartet.

Auch der Markt für Lehr- und Lerntechnologien boomt: Laut der Wagniskapitalgesellschaft Reach Capital flossen US-Startups in dem Bereich im 1. Halbjahr 2021 über 3,2 Milliarden US-Dollar (US$) an Risiko- und privatem Beteiligungskapital zu, mehr als im gesamten Vorjahr. In der Folge zieht es immer mehr Unternehmen in den USA an die Börse – nicht nur US-Plattformen wie Duolingo und Instructure, sondern zum Beispiel auch den Berliner Sprachkursanbieter Babbel.

48 %

Bis 2025 soll knapp die Hälfte der US-Haushalte mit Smarthomegeräten ausgestattet sein.

Quelle: eMarketer 2021

10 %

Bis 2027 wächst der US-Fintech-Markt jährlich um gut 10 Prozent im Schnitt.

Quelle: BlueWave Consulting 2021

Fintech-Apps boomen

In der Pandemiezeit erledigen die US-Amerikaner Einkäufe und Bankgeschäfte häufiger online und handeln vermehrt mit Aktien und Kryptowährungen. Der Wunsch nach kontaktlosem Bezahlen beschert Anbietern digitaler Zahlungsplattformen wie PayPal und Stripe einen enormen Kundenzulauf. Auch Zahlungsdienste, die es ermöglichen, Geld vom Smartphone aus zu senden und zu empfangen, stehen hoch im Kurs. In den USA gibt es zahlreiche Apps für die Zahlung von Person-zu-Person (P2P), darunter Apple Pay, Venmo und Zelle.

Zudem sind viele Unternehmen in der Krise auf finanzielle Unterstützung und kurzfristige Kredite angewiesen. Einige Fintechs haben digitale Lösungen entwickelt, die den Kreditvergabeprozess von der Anfrage über die Bonitätsprüfung bis hin zur Auszahlung abdecken, darunter Bluevine, Kabbage und Lendio. Während der Pandemie wickelte Kabbage fast 300.000 Kredite für Kleinunternehmen im Rahmen des Paycheck Protection Program der Small Business Administration ab.

Wer geht die letzte Meile?

Der Onlineumsatz mit Lebensmitteln hat sich 2021 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 auf rund 100 Milliarden US$ verdreifacht, was gut 10 Prozent des Gesamtmarktes ausmacht. Damit sind hybride Formen des Verkaufs wichtiger geworden. Technologien verbessern Dienste wie die Abholung bestellter Waren am Straßenrand. Große US-Einzelhandelsketten wie Albertsons, Kroger, Target und Walmart wandeln Ladenflächen in kleine, flexible Lager um, die als Versorgungszentren für die letzte Meile dienen. Zur Kommissionierung der online bestellten

Waren setzen die Konzerne immer mehr Roboter ein. Auch bei der automatisierten Zubereitung von Nahrungsmitteln helfen diese, was die Lebensmittelsicherheit und -hygiene deutlich verbessert.

Mehr KI in der Gesundheit
Viel in Bewegung ist auch im Gesundheitswesen: Während der Pandemie boomten vor allem medizinische Ferndienste. Neben der Infektionskrankheit COVID-19 rücken andere Versorgungsfelder ins Blickfeld, zum Beispiel die Teletherapie für psychische Erkrankungen, da Depressionen und Angststörungen häufiger auftreten. Dank positiver Erfahrungen mit Ärztechats wächst die Bereitschaft der Menschen, auch andere digitale Gesundheitslösungen zu nutzen. Beispiele dafür sind digitale Therapeutika, Fernüberwachung oder Software-as-a-Medical-Device – einige sind bereits in der Entwicklung.

Für Health-KI schwerer Marktzugang
Außerdem investieren mehr Krankenhäuser in moderne Analytik. Allerdings sind die Hürden für KI-Medizinprodukteanbieter groß. Zum Beispiel will die US-Zulassungsbehörde FDA sehr genau wissen, wo die Schwachstellen der KI liegen. Fachleute raten, eng mit Ärzten, Beratern und Anwälten zu kooperieren, da die US-Amerikaner bei diesen Fragen strenger als die Europäer sind.

Ende Mai 2022 sprechen wir mit Unternehmern aus dem Bereich Medizintechnik und Digital Health über Fragen und Herausforderungen, die sie derzeit in den USA bewegen. Das Webinar soll aufgezeichnet werden: www.gtai.de/webinar-aufzeichnungen

Durch ihre massiven Investitionen in Digital-Health-Projekte rückt für Kliniken auch die Cybersicherheit stärker in den Fokus. Kaum ein anderer Bereich macht sich durch Digitalisierung ähnlich verwundbar. Die Nachfrage nach IT-Sicherheitstechnologien steigt enorm, da sich Cyberkriminellen neue Angriffsflächen bieten. Deutschen Firmen bietet vor allem der Unternehmensmarkt viel Potenzial: Denn während sich US-Wettbewerber weitgehend auf Konzernlösungen konzentrieren, orientieren sich deutsche Anbieter vielmehr am Bedarf mittelständischer Firmen. Zu ihren US-Kunden zählen neben Banken, Versicherungen und anderen Unternehmen auch Krankenhäuser – also Einrichtungen mit hohen Datenschutzanforderungen, die aber nicht die globale Cloud US-amerikanischer Anbieter nutzen wollen.

60 Mrd. US$

Mit einem prognostizierten Jahresumsatz von rund 60 Milliarden US$ bleiben die USA 2022 mit Abstand der größte Markt für Cybersicherheit.

Quelle: Statista 2021

6,7 %

2022 soll der Markt für Telemedizin in den USA um 6,7 Prozent auf 16,6 Milliarden US-Dollar wachsen.

Quelle: IBISWorld 2022

Smarte Lösungen für Stadt und Heim
COVID-19 hat so manche neue Smart-City-Initiative aus der Taufe gehoben. Digitale Lösungen sollen nicht nur Behördengänge ersetzen. Sie sind auch für Heimunterricht und die Ausbildung stark gefragt. Auch in den Bereichen Mobilität, Logistik, Energie und Umwelt treiben viele US-Städte ihre Initiativen weiter voran. So installiert Chicago im ganzen Stadtgebiet kabellos und digital steuerbare LED-Leuchten und Sensoren. Die gesammelten Daten sollen helfen, die Verkehrssicherheit, die Luftqualität und den Überschwemmungsschutz zu verbessern. Atlanta, Boston, Chattanooga und Denver investieren ebenfalls hohe Summen in Smart-City-Initiativen und konzentrieren sich dabei vor allem auf die Entflechtung des Verkehrs und die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Dass die Menschen pandemiebedingt Komfort und Lebensqualität zu Hause suchen, löste einen Boom bei Smart-Home-Anwendungen aus. Die Marktforschenden von eMarketer erwarten, dass 2025 rund die Hälfte aller US-Haushalte mit intelligenten Geräten für ihr Zuhause ausgestattet sein werden.

Text: Heiko Steinacher

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-digitalisierung
www.gtai.de/wirtschaft-digital

Schreckensszenario US-Produkthaftung

Risiken erkennen

Die USA gehören zu den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands und das Thema Produkthaftung ist ständig präsent. In den deutschen Medien ist in der jüngeren Vergangenheit immer wieder über die hohen Schadensersatzsummen aus geringem Anlass berichtet worden. Obwohl diese Berichterstattung meist nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht, ist die US-amerikanische Produkthaftung risikobehafteter als die deutsche.

Das erhöhte Risiko liegt dabei primär nicht nur in den hohen Schadenersatzforderungen, die unter Umständen geltend gemacht werden können. Vielmehr beruht es auch auf den besonderen Gegebenheiten eines Zivilgerichtsprozesses in den USA.

Kosten für Kläger überschaubar
Für einen Kläger ist die Erhebung einer Klage gegen einen Hersteller kaum mit Risiken verbunden, selbst für den Fall, dass er den Prozess verlieren sollte. Er läuft nur selten Gefahr, die Anwaltskosten der anderen Partei zu tragen. Eigene Anwälte werden oftmals auf Erfolgsbasis (contingency fee) tätig, sodass der Kläger nur dann Anwaltsgebühren zu zahlen hat, wenn er den Prozess gewinnt oder es zumindest zu einem Vergleich kommt. Zudem sind die Gerichtskosten streitwertunabhängig und durchgehend niedrig.

Lesetipp: Recht kompakt

Neben der Produkthaftung stellen sich beim Auslandsengagement viele weitere rechtliche Fragen. Unsere Reihe Recht kompakt enthält die wichtigsten Rechtsthemen im Überblick. Die Berichte gibt es aktuell zu knapp 70 Ländern.
Sie sind kostenfrei abrufbar unter:
www.gtai.de/recht-kompakt

Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der Prozessbeteiligten. Insbesondere Geschworenengerichte (jury trial) entscheiden in der Regel verbraucherfreundlich.

Sammelklagen erhöhen den Druck
Eine weitere gefürchtete Besonderheit sind die sogenannten Sammelklagen (class actions). Im Rahmen einer Sammelklage schließen sich einzelne Kläger zusammen, um den Hersteller eines Produkts gemeinsam zu verklagen. Oft werden sie ganz bewusst eingesetzt, um den Beklagten zu einem Vergleich zu zwingen.

Klagegründe im US-Recht
In den USA existiert kein einheitliches Produkthaftungsgesetz. Das amerikanische Produkthaftungsrecht ist überwiegend einzelstaatliches Recht und entwickelt sich aus dem Fallrecht (case law) heraus. Für die Produkthaftung sind drei Anspruchsgrundlagen vorgesehen:

- die vertragliche Haftung (breach of warranty),
- die Fahrlässigkeitshaftung (negligence) und
- die Gefährdungshaftung (strict liability).

Alle drei Ansprüche können gleichzeitig geltend gemacht werden. Wie der Geschädigte bei seiner Klage konkret vorgeht, hängt vor allem davon ab, welche Haftung er dem beklagten Hersteller am leichtesten nachweisen kann.

Produktsicherheitsgesetzgebung
In den USA existiert zwar kein Produkthaftungsgesetz, zu beachten ist allerdings, dass ein Verbraucherproduktsicherheitsgesetz (Consumer Product Safety Act) existiert. Ausländische Hersteller und Zulieferer von Verbraucherprodukten müssen nach dem Consumer Product Safety Act darauf achten, dass ihre Produkte alle Sicherheits- und Verbotsregeln, Standards und Verordnungen der amerikanischen Verbraucherschutzbehörde (Consumer Product Safety Commission) erfüllen, die für ihre Produkte gelten.

Text: Jan Sebisch

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-recht

USA erschweren Wareneinfuhren aus China

Verbot von Produkten aus Xinjiang

Das angespannte handelspolitische Verhältnis der USA mit China äußert sich in zusätzlichen Zöllen, Antidumpingzöllen und produktspezifischen Vorschriften bis zu Einfuhrverboten. Am 23. Dezember 2021 hat Präsident Joe Biden ein Gesetz unterzeichnet, dass die Einfuhr von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten aus China verbietet, insbesondere aus der autonomen uigurischen Region Xinjiang.

Das Einfuhrverbot für in Xinjiang hergestellt Produkte ist in Abschnitt 3 des den „Uyghur Forced Labor Prevention Act" explizit definiert und soll Ende Juni 2022 in Kraft treten. Das Gesetz fordert von der US-Regierung eine neue Strategie zur verschärften Umsetzung des Einfuhrverbots jeglicher in Zwangsarbeit von Minderheiten in China hergestellter Produkte. Für die Umsetzung soll die im Mai 2020 durch den damaligen Präsidenten Donald Trump ins Leben gerufene „Forced Labor Enforcement Task Force" aus Vertretern verschiedener US-Ministerien verantwortlich sein.

US-Zollbehörde hält Waren zurück

Schon bevor der „Uyghur Forced Labor Prevention Act" in Kraft trat, hatte die US-Zollbehörde Customs and Border Protection (CBP) im Laufe der Jahre 2020 und 2021 damit begonnen, wiederholt Sendungen aus China an der Zollgrenze zurückzuhalten (Withhold Release Orders, WRO). Davon waren unter anderem Tomaten und Produkte aus Tomaten, Baumwolle, Bekleidung, Haarpflegeprodukte und Computerteile betroffen. Einige der Sendungen stammten aus der autonomen Region Xinjiang. Die Zollbehörde geht davon aus, dass uigurische Zwangsarbeiter diese Produkte in der Region herstellen. Daraus leitet die CBP etliche Verstöße gegen die Menschenrechte wie zum Beispiel Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Isolation, Einschüchterungen und das Zurückhalten von Arbeitslöhnen ab.

Baumwolle und Tomaten im Fokus

Die CBP hatte zum Beispiel Mitte Januar 2021 eine WRO für alle Sendungen mit Baumwolle, Tomaten und nachgeordneten Erzeugnissen (downstream products) herausgegeben, die vollständig oder teilweise aus der Region Xinjiang stammen. Auch nachgeordnete Produkte, die ihren Ursprung außerhalb der Region haben, können von dieser Anweisung betroffen sein. Voraussetzung ist in solchen Fällen, dass die Hersteller Baumwolle und Tomaten mit Ursprung in der Region verarbeitet haben. Unter nachgeordneten Produkten versteht die CBP zum Beispiel Bekleidung aus Baumwolle, Tomatensamen und Tomatensauce.

Einfuhrverbote sind nur ein Instrument im Handelskonflikt zwischen China und den USA.

Ursprungsnachweis notwendig

Aufgrund der WRO hält die Zollbehörde zurzeit noch an allen US-Zollstellen sämtliche Sendungen solcher Produkte vorläufig zurück. Importeure haben die Möglichkeit, sie wieder auszuführen. Alternativ können sie innerhalb von drei Monaten ein durch den ausländischen Verkäufer unterschriebenes Ursprungszeugnis und eine detaillierte Erklärung zum Herstellungsverfahren erbringen. Das Zeugnis muss nachweisen, dass die Produkte nicht in der Region Xinjiang in Zwangsarbeit entstanden sind.

Ab Ende Juni 2022 wird die Einfuhr von Produkten aus Xinjiang gemäß dem „Uyghur Forced Labor Prevention Act" dann dauerhaft verboten sein.

Text: Susanne Scholl

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gtai.de/usa-zoll
www.gtai.de/handel-lieferketten

Germany Trade & Invest eröffnet Ihnen Perspektiven in Auslandsmärkten

Diese Broschüre bietet Ihnen einen Einblick in unser Informationsangebot zu Auslandsmärkten. Viele weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Internetseite unter www.gtai.de

Globale Expertise

Detailliertes Wissen über die Absatzmärkte ist einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren im Auslandsgeschäft. Unsere gesamtwirtschaftlichen Länderinformationen verschaffen Ihnen den Überblick. Wir analysieren die Wachstumsperspektiven von Regionen und Märkten und erleichtern Ihnen den Vergleich. Die GTAI-Fachpublikationen zu Zoll-, Steuer- und Handelsrecht erläutern die Bestimmungen und die Rechtspraxis auf Ihrem Zielmarkt. Sie finden länderspezifische Informationen zu allen Themen des Außenwirtschaftsrechts sowie Tipps zur Geschäftspraxis von erfahrenen Fachleuten.

Aktualität garantiert

Täglich informieren wir Sie auf unserer Internetseite zu Ausschreibungen, Entwicklungsprojekten und Investitionsvorhaben.

Persönlicher Kontakt

GTAI unterstützt Sie gerne auch persönlich: Unsere Experten weisen Sie in die richtige Richtung bei der Suche nach Informationen und Kontakten.
Rufen Sie uns einfach an: **0228 249 93-0**

Bleiben Sie auf dem Laufenden

Aktuelle Neuigkeiten zu Exportthemen erhalten Sie auch auf **Twitter**: @gtai_de, @gtai_usa

Unser **Magazin** „Markets International“ erscheint sechs Mal jährlich.
Jetzt abonnieren: www.gtai.de/markets-abo

Auch auf **Youtube** informieren wir in spannenden Videos über die Weltwirtschaft: www.youtube.com/gtai

Impressum

Herausgeber
Germany Trade and Invest
Gesellschaft für Außenwirtschaft
und Standortmarketing mbH
Villemombler Straße 76
53123 Bonn

T +49 228 249 93-0
F +49 228 249 93-212
info@gtai.de
www.gtai.de

Hauptsitz
Friedrichstraße 60, 10117 Berlin

Geschäftsführung
Dr. Jürgen Friedrich, Geschäftsführer,
Sprecher der Geschäftsführung;
Dr. Robert Hermann, Geschäftsführer

Autoren
Robert Matschoß, Susanne Scholl (Zoll),
Jan Sebisch (Recht), alle Bonn; Heiko Steinacher,
San Francisco; Ullrich Umann, Washington D.C.

Redaktion
Anne Litzbarski, Robert Matschoß

Ansprechpartner
Robert Matschoß
T +49 228 249 93-244
robert.matschoss@gtai.de

Layout
Birgit Kamper, Gabriele Thill, GTAI

Druck
Kern GmbH, 66450 Bexbach
www.kerndruck.de

Bildnachweise
Titelfoto: Adobe/hit1912;
S.2: Fotolia/donvictori0;
S.9: GettyImages/HadelProductions;
S.13: Adobe/Destina;
S.14: Fotolia/donvictori0;
S.16: Adobe/hit1912

Kartenmaterial
Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. GTAI übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

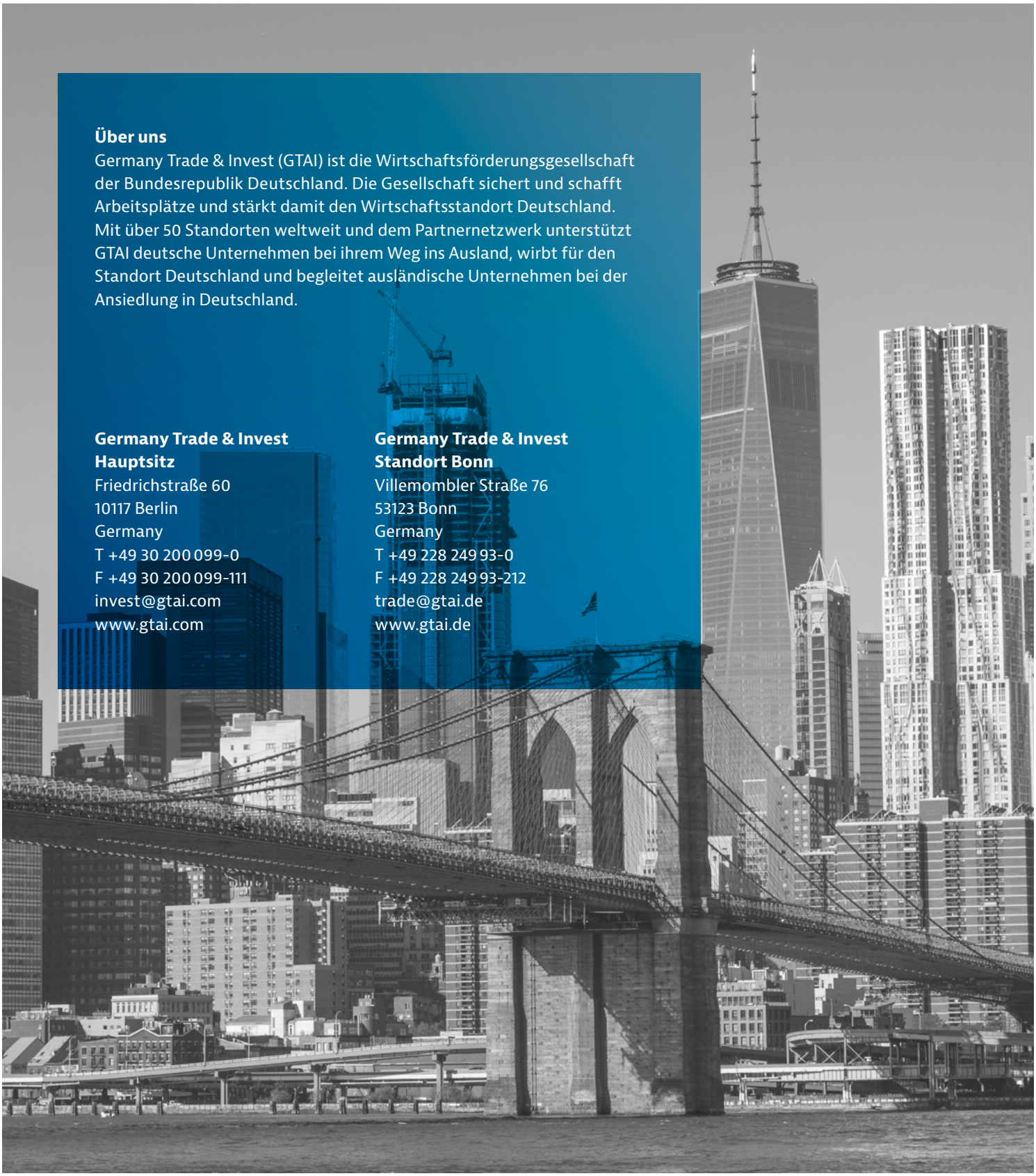
Rechtlicher Hinweis
©Germany Trade & Invest, März 2022
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

Bestellnummer
21323

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Über uns

Germany Trade & Invest (GTAI) ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit über 50 Standorten weltweit und dem Partnernetzwerk unterstützt GTAI deutsche Unternehmen bei ihrem Weg ins Ausland, wirbt für den Standort Deutschland und begleitet ausländische Unternehmen bei der Ansiedlung in Deutschland.

Germany Trade & Invest
Hauptsitz
Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Germany
T +49 30 200 099-0
F +49 30 200 099-111
invest@gtai.com
www.gtai.com

Germany Trade & Invest
Standort Bonn
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Germany
T +49 228 249 93-0
F +49 228 249 93-212
trade@gtai.de
www.gtai.de